

Haushaltshaltskonsolidierungskonzepte

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
1. Nullstellenplan mit Ausnahme Kitas (StR-Beschluss 24.06.10)	Nullstellenplan mit Ausnahme Kitas und Stellen, die sich rechnen		Ausweitung des Stellenplanes nicht hinnehmbar; bei zusätzlichem Bedarf sind vorhandene Stellen abzubauen od. zu tauschen, auch Versetzungen	Nullstellen mit Ausnahme Kitas und Personalstellen, die sich längerfristig rechnen. Stellenverschiebungen bzw. ein Stellentausch innerhalb der Stadt sollen möglich sein
	Wiederbesetzungssperre 6 Monate mit Ausnahmen	Wiederbesetzungssperre ; zukünftig mehr Stelleneinzüge als –mehrungen; Kostensteigerungen durch Produktivitätssteigerungen auffangen		Wiederbesetzungssperre 6 Monate mit Ausnahme
	Umsetzung der kw-Vermerke bei Ausscheiden			
			Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen im Rahmen der Fluktuation	Ein Bürgermeisterposten kann eingespart werden, sowie langfristig ein Referat wegfallen lassen u. dessen Aufgaben umverteilen
2. Beauftragung eines externen Beraters zur Ermittlung von Standardabsenkungen bei Pflichtaufgaben (StR-Beschluss 24.06.10)	Externe Gutachter werden abgelehnt; eine AG der Verwaltung soll Maßnahmen koordinieren: z.B. Absenkung Erreichbarkeit, Bearbeitungsdauer, Öffnungszeiten, Servicequalität, ausgenommen Sozialhilfe, Jugendhilfe	Überprüfung der Pflichtaufgaben, Prozesse und Standards insbesondere der Querschnittsämter durch externe Gutachter Unverzögliche Standardabsenkungen und Aufgabenrestriktion	Ausbau des RPA im Sinne eines modernen Controllings; in diesem Sinn soll ext. Berater tätig werden	Gutachten nur dann in Auftrag geben, wenn deren Umsetzung auch absehbar ist, außer sie sind gesetzlich vorgeschrieben
	Sinnvoll, aber keine größeren			

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
3. Umsetzung offener KGSt-Vorschläge	Einsparungen zu erwarten			
4. Analyse des BKPV-Gutachtens (StR 25.11.10)				
5. Kürzungen der Sach- und Personalbudgets	Budgets analysieren und anpassen; 1% Konsolidierungsbeitrag (außer Amt 50 und 51) 2011-13		Stadtrat soll mit gutem Beispiel vorangehen und Zuschüsse an Fraktionen um 5% kürzen	Fraktionszuschüsse um 10% u. die Aufwandsentschädigungen für die Stadträte um mind. 5% kürzen; auch OBM, BM u. Referenten sollen auf eine Gehaltserhöhung bis 2013 verzichten
		Schlüsselrolle des Finanzreferates: Stärkung Controlling, Arbeitsprogramme für 3 Jahre, Finanzplanung überarbeiten, Kennzahlen aufbereiten		
6. Budgetüberschussregelung auf 80:20 ändern (StR-Beschluss 30.09.10)	Budgetüberschussregelung auf 80:20 ändern für 2010-13	Einsparungen sollen zu 100% beim jeweiligem Amt verbleiben; Anpassung der Budgets in Relation zum Haushaltsvolumen; Konsequenter Vollzug der Budgetregeln		Anhand einer Gegenüberstellung des jeweiligen HH-Ansatzes mit den tatsächlichen Ergebnissen der letzten 3 Jahre sollte überprüft werden, wo Kürzungen möglich sind; bei Überschuss soll mind. 70% im Amt bleiben
7. Prüfung der Konsolidierungsbeiträge städt. Töchter		Größere und ernsthaftere Beiträge von den Töchtern, dabei Interessensvertretung der Stadt durch Beteili-	Beitrag der städt. Töchter nach Nürnberger Vorbild prüfen: a) Verkauf von 14,9%	Ein Beitrag zur HHKonsolidierung ist von einzelnen städtischen Tochtergesellschaften und der Sparkasse

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
		gungsmanagement	(20 Mio.) der EStWAG stufenweise als Bürger- fond b) Verkauf von 24,9% (10 Mio.) der GEWO- Bau mit Fondlösung und langfristig Privati- sierung an Mieter Damit könnte das Son- derkonto Röthelheim- park temporär ersetzt werden.	leistbar. Sparkasse u. Stadtwerke können im vertretbaren Maße eine Gewinnabführung an die Stadt leisten.
8. Prüfung des kom- pletten Wegfalls von Aufgaben		<u>Entlastung der Verwaltung durch Reduzierung der Pro- jekte</u> ; Umsetzung von Dop- pik/NKFE verlangsamen		<u>Entlastung der Verwaltung, in dem zuerst angefangene Projekte beendet werden, bevor neue gestartet werden.</u> Neue Aufgaben nur über- nehmen, wenn Finanzierung gesichert ist. Entlastung der Verwaltung durch Übertragung der Auf- gaben auf die Tochtergesell- schaften. Bei allen öffentl. Gebäuden wäre ein Hei- zungscontracting mit den Stadtwerken sinnvoll. - Den ESTW kann die Be- wirtschaftung von Parkplät- zen- häusern übertragen werden. Diese könnten be-

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
				schränkt werden (Wegfall der Personalkontrolle) - Bei Verfügungswohnungen könnte die GewoBau einen Teil der Aufgaben übernehmen. Eine neue Teilzeitstelle könnte dort für die Betreuung der Bewohner zuständig sein. Auch die Hausverwaltung kann der GewoBau übertragen werden (rechtl. Überprüfung)
9. Verlagerung noch nicht begonnener Investitionen in Folgejahre	Vorrang von Investitionen für Kinderbetreuungsausbau; Schulsanierungsprogramm modifizieren zum Ausbau von Ganztagsangeboten	Aufschiebung Kosbacher Brücke bis 2014;	Für städt. Baumaßnahmen Projektmanagement aufbauen - notfalls vergeben (auch für Töchter)	Vorrang von Investitionen für Kindertagesstätten u. Schulen sowie energetische Sanierungen u. Maßnahmen, die wegen Gefahr im Verzug notwendig sind (z.B. Brandschutz Theater)
	Sanierung ERBA-Villa bis 2013	Angemessene und verstetigte Investitionsquote von 30-35 Mio/Jahr	Bei Sanierung städt. Gebäude die Möglichkeiten des Steuerrechts nutzen, z.B. Erbpachtmodell Helmstr. , auch bei Villa, Museum, Pinolihaus prüfen; Nutzungsplan umsetzen und auf Veräußerung prüfen	Vorrang der Sanierung Erba-Villa u. Frankenhof sowie Planung der Sanierung des Freibades West (evtl. mit finanzieller Beteiligung der Stadtwerke)

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
	Realisierung Umlaufleitung Dechsendorfer Weiher bis 2013	Brandschutzaufgaben und Denkmalschutz auf Leistbar- keit überprüfen.		Brandschutz- und Denkmal- schutzaufgaben nur im not- wendigen Umfang umsetzen
	Alternative Finanzierungsform Freibad West mit EStWAG	Investitionen mit staatlichen Zuschüssen genauer auf langfristige Finanzierbarkeit prüfen.		Umlaufleitung Dechsendorfer Weiher sowie Sanierung der Stadthalle kann zurückge- stellt werden. (Dagegen lehnt die Grüne Liste die Weiter- verfolgung der Kosbacher Brücke u. des Ringschlusses Adenauerring ab)
	Freizeitzentrum Frankenhof zum Haus für Bildung weiter- entwickeln als Stiftung (Auf- wand und Betrieb wie heute)	Einführung eines unabhängi- gen Baucontrolleur's für op- timierten Mitteleinsatz und besserer Information für die Entscheidungssträger		Verwaltung soll nicht nur die Kosten einzelner Projekte ermitteln, sondern auch Fol- gekosten nebst dem Aufwand für Instandhaltung u. Unter- halt
	Erbpachtmodell Helmstr. mit öff. Nutzung des EG			Stelle für Beteiligungsmana- gement muss aufgestockt werden, um die Interessen der Stadt bei ihren Tochter- unternehmen besser durch- setzen zu können
	Keine größeren Straßenbau- maßnahmen bis 2013 begin- nen; vorerst Aussetzung Ade- nauer-Ringschluss			Straßenbaumaßnahmen so- weit wie möglich verschieben (Stadt-Umland-Bahn hält die Grüne Liste für unumgäng- lich)
	Keine Sanierung Ladeshalle			

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
	bis 2013, Prüfung Verkauf			
10. Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit		Bis 2014 keine neuen IZ-Projekte; Auflösung Stabsstelle IZ		
		Verwaltungsmodernisierung auf das Ziel Einsparungen ausrichten		
11.	<u>Erhöhung Gewerbe- und Grundsteuer</u> , Einführung <u>Zweitwohnungssteuer</u> , Kultur- taxe und Spielautomatensteuer	<u>Steuer- und Gebührenerhöhung als ultima ratio</u> , wenn überhaupt dann befristet für max. 3 Jahre	Einnahmen sind zu verbessern, über die bereits für 2011 beschlossenen Steuererhöhungen sollte nicht hinausgegangen werden; Prüfung, ob sich durch <u>Zweitwohnungssteuer</u> der Erstwohnsitz erhöht und dadurch der Finanzausgleich verbessert	<u>Weitere Erhöhung der Gewerbesteuer</u> auf Nürnberger Niveau ab 2011, anstatt der Erhöhung auf Fürther Niveau
12.	<u>Erhöhung von Beiträgen</u> und Gebühren (außer für Menschen mit niedrigerem Einkommen – „Erlanger Pass“)			<u>Weitere Einnahmequellen wie z.B. Einführung einer Kulturtaxe</u> u. einer Spielautomatensteuer
13.	<u>Anstieg der Bezirksumlage verhindern</u> ; Erhöhung des Finanzausgleichs des Freistaats an die Bezirke			<u>Anstieg der Bezirksumlage verhindern</u> u. eine Erhöhung des Finanzausgleichs an die Städte erreichen. Erhöhung der Gastschulbeiträge beim Land einfordern. Durchforschung der Zuschussrichtlinien

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
				für kommunale Projekte. Höherer Steueranteil wäre besser als unzählige Zuschüsse.
14.		Aktuelle Rahmenbedingungen insgesamt beurteilen (Siemens, Treuhandkonto, Finanzmärkte)	Strukturelle Veränderungen im Stadtrat und in der Verwaltung notwendig, Investitionsplanung konsequent ernst nehmen, nur Grundsatzbeschlüsse fassen, wenn sie durch mittelfristige Investitionsplanung gedeckt sind	Überprüfung der Einnahme- und Ausgabesituation bei der Bergkirchweih, den Sondermärkten (wie Weihnachtsmarkt) u. dem Entwicklungsgebiet West
15.		Klare und mutige Kommunikation mit der Öffentlichkeit sowie mit den Mitarbeitern.		Eine konsequente Durchsetzung des Konnexitätsprinzips z.B. bei Kosten für G8, Hartz IV u. Integration (notfalls gerichtlich). Stadt kann auf Dauer nicht Aufgaben von Bund u. Land übernehmen + finanzieren
16.		Verschuldung stoppen und Abschluss einer fraktionsübergreifenden Vereinbarung über eine Schuldenbremse, ausgeglichener Haushalt		Beim städtischen Anteil der Einkommenssteuer ist eine günstigere Entwicklung absehbar, als sie im Haushalt 2010 u. im mittelfristigen Investitionsplan vorgesehen ist (bereits bei den Haushaltsberatungen vorgetragen).

OBM/CSU 10-Punkte- HHKonsolidierungs- konzept 2010-14	SPD HHKonsolidierung 2011-13 060/2010	FDP Positionspapier	ÖDP HHKonsolidierung 2011 und darüber hinaus 077/2010	Grüne Liste HHKonsolidierung 2011-13 085/2010
17.		Einwirkung auf Bund und Land		Verschiedene Aktivitäten u. Akteure beim Übergang von Schule zum Beruf müssen besser koordiniert werden
18.		Entbürokratisierung		Zentrales Sponsoring- und Spendenmanagement würde Kräfte bündeln, die Verwaltung zu entlasten u. vllt. höhere Erträge erzielen
19.		Bei Führung wird Handlungsbedarf gesehen		
Ziele: Am 31.12.13 sollte die reale Pro-Kopf-Verschuldung nicht höher liegen als am 31.12.97	Ziele: Keine bestehenden Strukturen zerschlagen, Ablehnung von Privatisierungen bei Daseinsvorsorge, Halbierung des Defizits 2011-2013 (Neuverschuldung 20-25 Mio. pro Jahr)	Ziele: Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit; Konsolidieren geht bis 2014 vor Gestalten um jeden Preis	Ziele: Neuverschuldung max. 18 Mio. für 2011 Antrag: Überprüfung durch Amt 20. Bericht in einer der nächsten HFPA	Ziele: Die Grüne Liste will einen genehmigungsfähigen Haushalt erreichen.